

Klaus Dieter Bock

Zur Vorgeschichte des Zentrum für interdisziplinäre Forschung

Der Beginn der Vorlesungen in den drei AVZ-Fakultäten (Mathematik, Rechtswissenschaft, Soziologie) der Universität Bielefeld im November 1969 war für den Westdeutschen Rundfunk Anlaß für eine Fernsehproduktion, in der Mitglieder der drei Fakultäten für ihre Fächer, Studenten und Assistenten für ihre Statusgruppe, H. v. Hentig und L. Huber für die Lehrerausbildung und H. Schelsky für das ZiF ihre jeweiligen Reformziele kurz darstellten.¹⁾ Schelsky, Geschäftsführender Direktor des ZiF, charakterisiert die Aufgabe des ZiF als "Wiedervereinigung der Wissenschaften" im Gegenzug zur Spezialisierung. Während diese ein selbstläufiger Trend sei, gehe jene "Rückbindung" nicht von selbst. Angesichts des Mangels an entsprechenden Institutionen sollte "mit diesem Zentrum für interdisziplinäre Forschung erreicht werden, daß Wissenschaftler auf theoretischem Grundlagengebiet sich überhaupt wieder verstehen lernen..., daß sie dann auch gemeinsame theoretische Konzeptionen entwickeln, die sie dann in ihren Instituten, empirisch eventuell, verwirklichen." So ähnlich kann man das auch in den Gründungsschriften an verschiedenen Stellen lesen. Schelsky weist dann darauf hin, daß diese Arbeit sich schon im zweiten Jahr im ZiF, damals im Schloß in Rheda angesiedelt, vollziehe - "hier haben sehr harte Gefechte stattgefunden, geistige" - und nennt einige Beispiele: u.a. Rechtssoziologie, Poetik und Hermeneutik. Er fährt fort:

"Andererseits sind die Schwerpunkte der Universität Bielefeld, nämlich Wissenschaftsforschung, hier zu Dauertagungen, Arbeitstagungen geworden. Das ganze innere Programm von Bielefeld wird jetzt hier entwickelt. Das wird nicht immer so bleiben, aber man muß sich darüber im Klaren sein, daß eine Universität im Aufbau, wenn sie eine geistige Kooperationsform schaffen will, das nicht in Gründungsausschüssen, Verwaltungssitzungen oder gar dann auf Baustellen schafft. Sie muß einen Raum haben, wo der Inhalt in der Aussprache organisiert wird. Genau so, das brauche ich nicht weiter zu erläutern: Lateinamerikaforschung, einer der Schwerpunkte der Universität, da sind hier verschiedene Arbeitsgruppen gewesen... oder ein anderer Schwerpunkt: Mathematisierung... Das alles sind Aufgaben, die in dieses Institut gehören."

Die einzelnen Teile der Sendung waren getrennt aufgenommen worden. So erfuhren Rektor und Kanzler und andere Mitglieder der Universität einigermaßen fassungslos aus dem Fernsehen, daß nach Schelskys Meinung, vorerst jedenfalls, die wichtigen Entwicklungen sich in Rheda und nicht in Bielefeld, im ZiF und nicht im Gründungsausschuß, im Senat und den Fakultäten, vollziehen würden.²⁾ Wenig von dem, was in den Einzelbeiträgen in dieser Sendung an Reformabsichten vorgestellt wurde, wenn überhaupt irgend etwas, ist nach fünfundzwanzig Jahren noch wiederzufinden,³⁾ und man könnte in jedem Fall festzustellen versuchen, warum eigentlich nicht. Das gilt auch für den ersten Teil von Schelskys Äußerungen ("gemeinsame theoretische Konzeptionen entwickeln, die sie dann in ihren Instituten, empirisch eventuell, verwirklichen"), nur für die Passage über das "ganze innere Programm von Bielefeld" macht diese Frage wenig Sinn, allzu offenkundig ist die Antwort: Diese Passage war in fast absurder Weise unrealistisch. Ich will deshalb nicht fragen, warum diese Vorstellungen nicht realisiert wurden, sondern: woher sie stammen, und damit einen kurzen Beitrag zur Vorgeschichte des ZiF leisten. Das Ausziehen der Entwicklungslinien in die Vorgeschichte hinein kann, denke ich, den Blick für konzeptionelle Schwerpunktwechsel schärfen.

Schelsky hatte am 8. 2. 1965 den Planungsauftrag für die neue Universität zunächst informell erhalten und in schneller Folge eine Reihe Papiere verfaßt: "Grundsätze zu einer

Hochschulgründung in Ost-Westfalen" (2 Seiten, vom 14. 2. 65 datiert, Dok I); "Grundzüge einer neuen Universität" (2 Seiten, vom 24. 2. 65 datiert, Dok II); und "Skizze eines Aufbauablaufs" (2 Seiten vom 24. 2. 65 datiert, Dok III).⁴⁾ Er hatte schon im Schlußabschnitt "Die theoretische Universität" seines 1963 erschienenen Buches "Einsamkeit und Freiheit" Vorstellungen entwickelt, die in vielerlei Hinsicht der späteren ZiF-Konzeption entsprachen, die dann auch in den Dokumenten II und III an zentraler Stelle auftauchen. Erst bei näherem Zusehen zeigt sich, daß die Linie "Einsamkeit und Freiheit" - ZiF zu kurz gezogen wäre. Ich zitiere den Absatz I (Neuordnung von Forschung und Lehre), Absatz 2 aus Dok II:

"Notwendigkeit zur Schaffung von Institutionen interdisziplinärer Zusammenarbeit:

Die Re-integration der sich spezialisierenden Wissenschaften zu einer Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen ist nicht in der Spezialforschung, sondern nur als gemeinsame Arbeit an übergreifenden theoretischen Konzeptionen, also in der Grundlagenforschung, möglich. Diese ist nicht linker Hand neben Spezialforschung u. Lehre zu betreiben, sondern bedarf ihrer eigenen Institution und einer vollen Zuwendung des Gelehrten. Einrichtung von "Zentren für Grundlagenforschung" (Centers for Advanced Studies) im Rahmen der Hochschule mit etwa 3 - 4 Arbeitsgebieten, an denen fakultätsübergreifend gruppenweise theoretische Grundlagenforschung betrieben wird.

Diese Zentren für Grundlagenforschung, obwohl institutionell mit der neuen Hochschule verbunden, könnten u. U. auf mehrere Hochschulen (des Landes NRW oder Norddeutschlands) bezogen sein. In diesem Falle könnte die neue Hochschule eine zentrale Aufgabe innerhalb des bestehenden Hochschulsystems übernehmen, die an den alten Hochschulen schwer zu entwickeln ist, wohl aber bald die Zustimmung der einzelnen Gelehrten in den anderen Hochschulen finden würde. (Vgl. dazu Beilage "Zweck und Struktur der Institute für höhere Studien".)

In Dok III ist für die 2. Aufbaustufe von "Gründung und Aufbau eines Institutes für Grundlagenforschung (Center for Advanced Studies)" die Rede, also von "Institut" statt von "Zentren", in der Einzahl und nicht mehr der Mehrzahl.⁵⁾ Zu diesem führt Schelsky dann aus:

"Institut für Grundlagenforschung

Rückgriff auf den bei der Volkswagenstiftung eingereichten Plan, insbesondere der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissensch. Gruppe. Hier war durchaus Anfang in Provisorien (als langfristige Arbeitstagungen) vorgesehen.

Dieses Projekt könnte man zusammen und parallel mit Konstanz durchführen, etwa so, daß Konstanz ein "Center" mit Schwergewicht von Geistes- und Sprachwissenschaften, die ost-westfälische Universität ein "Center" mit Schwergewicht für Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einrichtet. (Heß hat sein Interesse an dem Plan der "Centers" für Konstanz schon sehr deutlich bekundet.)"

Die erwähnte Beilage zu Dok II, "Zweck und Struktur der Institute für Höhere Studien (Centers for Advanced Study)" findet sich als Dok IV bezeichnet in den Unterlagen Schelskys wie den Akten des Ministeriums, sie ist datiert vom 1. 1. 64 und umfaßt je nach Version (mit oder ohne Beschreibung ausländischer Beispiele) 9 bis 11 Seiten. Sie ist also nicht im Zusammenhang mit dem Planungsauftrag entstanden. Der Zusammenhang mit dem "bei der Volkswagenstiftung eingereichten Plan", obwohl von Schelsky nicht explizit hergestellt, liegt nahe, er soll hier weiter verfolgt werden. Ich stütze mich dabei auf Unterlagen Schelskys wie auf Auskünfte und Unterlagen, die mir die Stiftung zur Verfügung gestellt hat.⁶⁾

"Seit Mai/Juni 1963 ist die Stiftung Volkswagenwerk im Gespräch mit Prof. Killy (Göttingen)

über den Plan einer "Stiftung für höhere philologische Studien". Es wird erwähnt, dass Prof. Schelsky in seinen Veröffentlichungen und in Gesprächen ähnliche Gedanken geäußert habe. Es wird eine Diskussion des Projekts mit interessierten Wissenschaftlern vorbereitet." (Stiftung, Oktober 85). Der "Entwurf eines Seminars für höhere historische und philologische Studien", von W. Killy geschrieben im Juli 1963, ist offenbar nicht Anlaß dieses Gesprächs zwischen Stiftung und Killy, sondern als - sehr knappe - Diskussionsgrundlage verfaßt. Killy geht von der "verzweifelten Nachwuchslage" insbesondere in den philologischen Disziplinen aus und versucht, ein Instrument zur Nachwuchsförderung zu entwickeln. "...ermöglicht besonders qualifiziertem Nachwuchs einen zusammenhängenden Zeitraum konzentrierter eigener Arbeit... Es erstrebt eine fruchtbare Begegnung der Fächer. Dieser Begegnung dient ein allwöchentliches (vierzehntägliches?) Colloquium, an dem teilzunehmen die einzige den Seminaristen auferlegte Pflicht ist." Dieses Colloquium zu leiten und bei der Auswahl der Seminaristen mitzuwirken, ist die Aufgabe der Seminar-Professoren ("die einzigen ihnen auferlegten Pflichten"), "jeweils vier Jahre etwa drei Seminar-Professoren der einschlägigen Fächer. Sie... müssen zu den besten Männern ihres Faches gehören."

Drei der vier vorliegenden Stellungnahmen sind kritisch. Sie behandeln das Problem der Beurlaubung der für das Seminar vorgesehenen Professoren in seinen Auswirkungen auf die Heimatinstitution ("Die praktischen Schwierigkeiten, die mit der Herauslösung eines Professors aus seinem Institut, seiner Fakultät usw. verbunden sind, werden vermutlich größer sein als der Anreiz, an einem solchen Seminar eine größere Chance für echte wissenschaftliche Arbeit und Ausbildung zu erhalten." W. Clemen), das Problem der Reduktion der Fakultäten auf die "Ausbildung unteren und mittleren Grades" ("Dieses Eingeständnis eines Versagens auf höherer Ebene sollte ihnen nicht zugemutet werden... Modifizieren wir seinen Vorschlag dahin, daß wir die Einrichtung des 'Seminars' an den Universitäten selbst ins Auge fassen, dann schonen wir das Selbstgefühl der Kollegen, stimulieren es, statt es zu kränken, machen uns die Wagemutigen unter ihnen - die nicht immer die "besten" im Fach zu sein brauchen - zu Bundesgenossen. Irgendwo sollte ein Anfang gemacht werden, aus eigener Initiative vor ein paar Kollegen der gleichen Fakultät." Plessner) oder verlagern den Akzent von der Nachwuchsförderung ("ich halte den Nachwuchs nicht für besonders förderungsbedürftig." Hölscher) auf die Förderung der Forschung ("Oberuniversität für die philologisch-historischen Fächer", also konträr zu den Plessnerschen Vorbehalten).

Die Tagung fand auf Einladung der Stiftung am 28./29. Oktober 1963 in Bad Harzburg statt.⁷⁾ Über den Verlauf der Sitzung ist mir nichts bekannt, doch heißt es im Vorwort zum Entwurf eines "Kolleg für geisteswissenschaftliche Studien" vom Februar 1964: "Aus diesen Gründen schlugen die in Bad Harzburg versammelten Gelehrten die Einrichtung eines "Kollegs für geisteswissenschaftliche Studien" vor, das den Geisteswissenschaften ein mehrere Einzeldisziplinen vereinigendes Arbeitszentrum geben soll. Zum genaueren Durchdenken des Vorschlags wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt."⁸⁾ Das Kolleg soll die durch "Unterrichtsverpflichtungen gefährdete Forschungsarbeit" fördern, und zwar bei Nachwuchswissenschaftlern ("Dies könnte in der Weise geschehen, daß aussichtsreiche junge Gelehrte sich für einige Jahre im Kolleg voll auf ihre Forschungsarbeit konzentrieren. Die im Kreis von Kollegen verschiedener Fachrichtungen verbrachten Forscherjahre können Vertiefung im eigenen Fach mit Weitung des Blickfeldes in methodischer und sachlicher Hinsicht verbinden"), wie für "Gelehrte, die schon im Beruf des Hochschullehrers stehen" ("Hervorragenden Forschern für ein oder mehrere Jahre oder in einzelnen Fällen auf Dauer den äußeren Rahmen und die Hilfsmittel für zeitlich ungebundene Forschungstätigkeit bereitzustellen, sehen wir als die zentrale Aufgabe des Kollegs.") Der Ausgangsgedanke Killys, Gründung einer Institution speziell zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, ist

aufgegeben, es geht um Forschung, und zwar je individueller, nicht interdisziplinärer Forschung, wenn es unter der Überschrift Kommunikation auch heißt: "Die Tätigkeit des Kollegs sollte zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Gelehrten verschiedener Fachrichtungen beitragen... So wird schon der ständige enge Kontakt zwischen Kollegen verschiedener Fächer zum wissenschaftlichen Gedankenaustausch führen. Darüber hinaus werden sich nach unseren Vorstellungen im Kolleg Gruppen von Gelehrten verschiedener Fachrichtungen bilden, die sie gemeinsam interessierende Sachprobleme untersuchen." Also Interdisziplinarität von Fall zu Fall, so könnte man hier die Behandlung eines Themas nennen, das für Schelsky im Zentrum seiner Vorschläge steht.

Wie er in den Besitz der Denkschrift vom Februar 1964 kam, ist nicht ersichtlich. Da er der Stiftung Volkswagenwerk am 23. März eine Stellungnahme, einen eigenen Vorschlag und das Dok IV vom 1. 1. 64⁹⁾ übersandte, ist er wohl von dort informiert worden. Für eine vorherige Beteiligung finden sich keine Hinweise. Schelsky unterscheidet in dem Dok IV vom 1. 1. 64 drei Aufgaben des Wissenschaftssystems: die Ausbildung wissenschaftlicher Fachleute, die großbetrieblich organisierte und notwendig spezialisierte Forschung und schließlich die Re-Integration der sich spezialisierenden Wissenschaften. Hier sieht er die Aufgabe der "Institute für Höhere Studien". "Die Notwendigkeit, solche fachübergreifende theoretische Forschung auch institutionell zu verselbständigen, ergibt sich aus der schon erwähnten Tatsache, daß spezielle Forschungsinstitute niemals ein Team hervorragender Theoretiker dauerhaft in sich versammeln können und im übrigen in intensiver empirischer Forschung stets wieder speziell werden müssen." Schelsky denkt an ein "System der Institute für Höhere Studien", drei bis vier an der Zahl:

- eine kultur- und universalgeschichtliche Abteilung
- eine sozialwissenschaftliche Abteilung
- eine mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung
- eine biologisch-naturwissenschaftliche Abteilung.

"Die zentrale Aufgabe dieser Institute, von deren Lösung ihr Bestand abhängen wird, sollte immer die Behandlung wichtiger und für den Fortschritt der Wissenschaften entscheidender integrierender Fragestellungen bilden." Eine Dauerfinanzierung hielt Schelsky nur durch die Öffentliche Hand für möglich, da anders eine weitere wichtige Voraussetzung nicht zu finanzieren sei, die Gewinnung eines Stammes von permanenten Mitgliedern. Die wesentlichen Unterschiede zum Konkurrenzmodell des "Kollegs für geisteswissenschaftliche Studien" bestehen in: dem Akzent auf interdisziplinärer Forschung, dem Aufbau eines umfassenden Systems von Instituten, mit der neuen Aufgabenstellung nun auch für die Sozial- und Naturwissenschaften nötig, der funktionalen Einbindung in das Wissenschaftssystem, dem Finanzierungsmodus, der deutlicheren Unterscheidung zwischen permanenten Mitgliedern und nichtständigen.¹⁰⁾

Weitgehend identisch sind die Pläne im Hinblick auf institutionelle Verselbständigung gegenüber den Universitäten.

Man kann es eigentlich nur als *captatio benevolentiae* verstehen, wenn Schelsky seine Stellungnahme zur Denkschrift vom Februar 1964 mit den Worten einleitet: "Zunächst möchte ich meine volle Zustimmung zu den Grundlinien dieses Entwurfes ausdrücken; auch in den meisten Details teile ich die Auffassungen des Verfassers der Denkschrift." Nur einige Details möchte er erörtern, aber es sind genau die Punkte, die die Unterschiede zwischen seiner und der anderen Konzeption ausmachen, mit einer Ausnahme: Schelsky stößt sich sowohl am "Kolleg" wie an den "Geisteswissenschaften" und macht stattdessen den zauberhaften Vorschlag, diese Einrichtung "Kant-Institute für theoretische Forschung" zu nennen. Nachdem er dann zunächst

die Zahl der Institute ("ich gehe also im folgenden von der Annahme zweier Forschungsgruppen oder -institute aus"), das Verhältnis zum Staat ("Man sollte dabei betonen, daß mit dieser Institutsgründung neue, unbedingt notwendige und anderswo längst erstrebte Prinzipien in unserem Wissenschaftssystem zum Zuge kommen, für deren Durchsetzung auch der Staat wissenschaftspolitisch verantwortlich ist") und das Verhältnis Forschungsprofessoren-Gastprofessoren in seinem Sinne angesprochen hat, kommt er zum Punkt "Arbeitsweise", und den behandelt er fast trickreich, indem er nämlich seine Vorstellungen von Interdisziplinarität für ein Institut im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einführt, ein Institut also, das er erst selbst auf oder besser in den Plan gebracht hatte.¹¹⁾ Abschließend schlägt Schelsky vor, "die beiden Konzeptionen der geisteswissenschaftlichen und der rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Arbeitsgruppe für die Gründung eines solchen Institutes abzustimmen... Meines Erachtens bestehen dabei keine großen Schwierigkeiten." Nur, die sozialwissenschaftliche Arbeitsgruppe zu bilden, schlägt er mit gleicher Post vom 23. 3. 64 erst vor, entsprechend konnte es auch noch keine Konzeption dieser Arbeitsgruppe geben, nur eben seine, niedergelegt in Dok IV.

Die zweite Fassung der Denkschrift vom Mai 1964 nimmt dann in vielen Punkten Anregungen Schelskys auf, nicht nur im Titel, der jetzt lautet: "Denkschrift zur Gründung eines Zentrums für theoretische Forschung in den Kultur- und Sozialwissenschaften."¹²⁾ Ganze Passagen stammen aus dem Papier Schelskys, die Aufgabe der Nachwuchsförderung ist fallengelassen, der Akzent auf interdisziplinärer Forschung wird übernommen, wenn auch nur eingeschränkt: In dem Abschnitt "Auswahlkriterien" heißt es: "Die persönliche Arbeitsrichtung sollte im Bereich der gemeinsamen Studien liegen, so daß persönliche und gemeinsame Forschung sich ergänzen. Der letzte Punkt gilt vor allem für die sozialwissenschaftliche Abteilung, in der gemeinsame Forschungsprojekte stärker im Vordergrund stehen werden." (Der Passus ist gegenüber der 1. Fassung insgesamt neu). Auch die dritte Fassung vom Juli 1964 nimmt wieder ganze Passagen aus Schelskyschen Vorschlägen auf und verstärkt noch einmal den interdisziplinären Akzent. Der Titel hat sich wieder geändert: "Denkschrift zur Gründung der Gesellschaft für Kultur- und Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung." Zu der 3. Fassung liegen mir fünf Gutachten sowie jeweils ausführliche Stellungnahmen Schelskys zu diesen Gutachten vor. Ich kann hier nur ein Detail erwähnen. Ein Kultusminister fragt, "ob eine Koordination zwischen Konstanz und den genannten Zentren denkbar wäre." Dazu Schelsky: "Die Verbindung mit einer selbst erst als Experiment aufzubauenden Universität würde die Risiken unseres Experiments vermehren statt vermindern."

Das Kuratorium der Stiftung behandelt den Antrag zur "Errichtung einer Gesellschaft und Forschungszentren für kultur- und sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung", so der endgültige Titel, in seiner Sitzung am 18. 9. 64 und beschließt, "das vorgetragene Projekt durch einen kleinen Prüfungsausschuß begutachten zu lassen." Möglicherweise stammen aus diesem Auftrag die oben erwähnten fünf Gutachten. In der Aufstellung der Stiftung heißt es weiter: "Das Kuratorium...befaßt sich in seiner Sitzung am 4. 3. 1965 erneut mit dem Projekt und beschließt, einen Beratungskreis einzusetzen. Als Aufgaben des Kreises werden die kritische Überprüfung der bisher erstellten Unterlagen und die Ausarbeitung eines Vorschlages für die Meinungsbildung der Stiftung angesehen. Dem Kreis wird seine Arbeitsmethode völlig freigestellt. Zur Konstituierung des Kreises kommt es ist der Folgezeit nicht." Ganz offenbar gab es erhebliche Schwierigkeiten.¹³⁾ Als Schelsky im Februar 1965 die ersten Gründungsdokumente für die Universität in Ost-Westfalen verfaßte, war somit über den Antrag noch nicht entschieden. Daß es Schwierigkeiten gab, war sicher bekannt, mit einem Schreiben vom 24. 9. 64 hatte die Geschäftsführung der Stiftung die Antragsteller in etwas beschönigender Form über den Stand der Dinge informiert, doch mußte die Situation auch nicht als für den

Antrag hoffnungslos angesehen werden.

Jetzt erst läßt sich die Formulierung in Dok III richtig verstehen ("Rückgriff auf den bei der Volkswagenstiftung eingereichten Plan"): Schelsky hat die neue Universität ungeachtet seiner erwähnten Vorbehalte gegen neuzugründende Universitäten als Chance der Realisierung des alten Vorhabens angesehen, genauer: als Chance zur Realisierung der eigenen, im Dok IV vom 1. 1. 64 festgehaltenen Vorstellungen; nur daraus zitiert er in Dok II, d.h. er denkt das spätere ZiF noch nicht als Grund- oder Schlußstein der Universitätskonzeption, sondern in Kooperation mit anderen Universitäten oder mit möglichem Bezug auf andere Hochschulen als Bestandteil des Wissenschaftssystems. Die institutionelle Verbindung mit der neuen Hochschule scheint hier noch eher Mittel zum Zweck der Aufgaben der Zentren innerhalb des bestehenden Hochschulsystems als innerhalb der Hochschule selbst.¹⁴⁾ Entsprechend sehen die Vorstellungen zur Zusammensetzung der Gründungsgruppe (sc. der Universität) aus:

"Eine Gruppe, aus der dann Rektor, Prorektoren und Dekane hervorgehen, eine Gruppe von Institutsdirektoren, die Forschungsinstitute aufbauen, eine kleine Gruppe zur Vorbereitung und organisatorischen Trägerschaft des "Instituts für Grundlagenforschung". Im Sinne der "Teambildung" zu diesen Zwecken sollte die Gründungsgruppe zusammengestellt werden." (Dok III)

Daß die Zentren Keimzelle der neuen Universität sein könnten, wird hier nicht ersichtlich. Auch in den "Grundzügen.." vom 17. 8. 64, (Dok X, Mikat, Schelsky S.38f) genießt das hier schon sogenannte "Zentrum für interdisziplinäre Forschung" keine inhaltliche Priorität. Es wird in den vier dem Abschnitt "Neuordnung der Forschung" vorangestellten "Grundsätzen" überhaupt nicht und in den folgenden Erläuterungen nur im Text und nicht mit eigener Überschrift erwähnt. Nicht als Grundstein, sondern "zur Dokumentation ihrer Eigenart" gehört "an den Beginn der neuen Universität... die Gründung des Zentrums für interdisziplinäre Forschung." (S. 44)

Erst in der Phase nach der ersten Sitzung des Gründungsausschusses am 11. 11. 65 verschieben sich die Gewichte, bekommt das ZiF zunehmenden Stellenwert in der Gesamtkonzeption: Zur Vorbereitung der zweiten Sitzung des Gründungsausschusses war nach der ersten Sitzung eine Besprechung vereinbart worden, an der Mikat, v. Medem, Schelsky und ein Vertreter der Hochschulabteilung teilnehmen sollten, und zwar für den 13. 12. 65. Für diese Sitzung, die ungeachtet des inzwischen erfolgten Rücktritts Schelskys aus dem Gründungsausschuß auch stattfand, verfaßte Schelsky mit Datum vom 20. 11. 65 das Dok. XV: "Universität Ost-Westfalen, Ziele und Zeitpläne des Aufbaues (Wissenschaftliche Planung). Ich zitiere folgenden Ausschnitt:

"VI. Dazu folgende Zusammenkünfte des Gründungsausschusses und des Wissenschaftlichen Beirat:

1. Wissenschaftlicher Beirat: (3 Sitzungen 1966)

Januar 1966: endgültige Genehmigung des Strukturvorschlages

März 1966: Genehmigung des Strukturvorschlages Zentrum für interdisziplinäre Forschung

Oktober 1966: Arbeitsweise des Institutes für interdisziplinäre Forschung

1967: Verlagerung der Zusammenkünfte in die Arbeit des Zentrums für interdisziplinäre Forschung; höchstens zwei Sitzungen.

2. Gründungsaußschuß nach Bedarf, aber höchstens 5 Sitzungen 1966."

Verlagerung in die Arbeit des Zentrums, nicht etwa räumlich: in das Zentrum. Es sei hier nur kurz erwähnt, daß Schelsky keinen herkömmlichen Gründungsausschuß, sondern eine

wissenschaftlich arbeitende Gründungsgruppe im Sinn hatte, daß er sich damit aber gegenüber dem Kultusministerium nicht durchsetzen konnte,¹⁵⁾ daß er noch in der ersten Sitzung des Gründungsausschusses für die Rolle des Wissenschaftlichen Beirats gefochten hat, daß das Thema auch in seiner Abwesenheit in der zweiten Sitzung am 8. 1. 66 behandelt und nicht in seinem Sinn entschieden wurde. Aber Schelsky versuchte es weiter. Auch hier, in Dok XV, legt er nach wie vor den Akzent auf die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats, dem er alle für die wissenschaftliche Planung wichtigen Entscheidungen zuschiebt. Die Arbeit dieses, des für ihn entscheidenden Gremiums, aber soll nach Errichtung des ZiF in die Arbeit des Zentrums verlagert werden. D.h. in dem Maße, in dem Schelsky seine Vorstellungen zur Bedeutung und Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats als einer wissenschaftlich arbeitenden Gründungsgruppe nicht durchsetzen konnte, gewinnt das ZiF einen Stellenwert im Gesamtzusammenhang, wird es Keimzelle der neuen Universität. Das formuliert Schelsky mit aller Klarheit in einer Denkschrift "Das Zentrum für interdisziplinäre Forschung" (Dok XVI, abgedruckt in Mikat, Schelsky S. 72f), die am 7. 1. 66 in einer Sitzung der ZiF-Kommission des Wissenschaftlichen Beirats beraten wurde:

"Aufbau der neuen Universität und Aufbau des Zentrums stehen miteinander in einer Wechselwirkung: Ohne daß die Struktur der Universität so festgelegt ist, daß sie auch zukünftig dieses Zentrum für interdisziplinäre Forschung als eine ihrer strukturell wesentlichsten Einrichtungen zu tragen bereit ist, wäre der Aufbau eines solchen Institutes im Zusammenhang mit der Universitätsneugründung sinnlos. Umgekehrt gewinnt die neue Universität ihren spezifischen Wesenszug von Anfang an damit, wenn der Aufbau des Zentrums für interdisziplinäre Forschung als Keimzelle der neuen Universität begriffen wird; ihre Betonung der interdisziplinären Forschung, ihre überlokale Aufgabe und Leistung für das gesamte deutsche Wissenschaftssystem, ihr internationaler Kommunikationsauftrag werden mit der Gründung und dem Aufbau des Zentrums für interdisziplinäre Forschung als grundlegender Institution der neuen Universität festgelegt und bestätigt. Die Aufbauphase des Zentrums sollte daher bewußt als Ausbau der entscheidenden Keimzelle für die neue Universität vollzogen werden." (S. 86)

Diese Vorstellungen haben die Universitätskonzeption Schelskys nicht von Anfang an bestimmt, sie sind, so stimmig sie schließlich sein mögen, das Ergebnis nicht konsequenter Entwicklung eines Grundgedankens, sondern der Auseinandersetzung mit externen hochschulpolitischen und politischen Gegebenheiten. Sie mögen die weitere Entwicklung der Universität in der Zeit zwischen 1966 und 1969 auch durchaus beeinflußt haben, denn manche ZiF-Tagung diente auch der Klärung der Grundkonzeption, aber im Wintersemester 1969, dokumentiert mit der Eröffnung des Vorlesungsbetriebs, waren "Einrichtungen und Forschungsinstitute der neuen Universität" mindestens zum Teil vorhanden, das ZiF als "Keimzelle" mithin überflüssig. Das hat Schelsky übersehen, als er dem WDR vor dem Kamin im Schloß sein Interview gab. Daß das ZiF auch ohne den dort von Schelsky erhobenen Anspruch dauerhaft ein sehr viel zentralerer Bestandteil der Universitätskonzeption sein sollte, als es der tatsächlichen Entwicklung entsprach, sei abschließend wenigstens erwähnt, doch das ist bereits Geschichte des ZiF, nicht mehr Vorgeschichte.

Anmerkungen:

1) Außerdem wurden Bielefelder nach ihren Erwartungen hinsichtlich der neuen Universität gefragt. Die Produktion wurde unter dem Titel "Das Hochschulportrait: Bielefeld" am 10. 12. 1969 im Dritten Programm ausgestrahlt. Ich danke Eberhard Firnhaber, Kanzler der Universität von 1968 bis 1991, für den Hinweis auf diese Sendung, die seit damals vermutlich niemand mehr gesehen hat, weil ein Mitschnitt praktisch nicht möglich war und die Universität andere Sorgen hatte, als ein vollständiges Archiv über sich selbst aufzubauen. Ich danke Frau Dreibus, WDR International, und Herrn Elsner, WDR-Archiv, daß sie mir trotz großer technischer Schwierigkeiten und in kürzester

Zeit das Band (technisch bedingt zunächst nur die Tonspule) zugänglich gemacht haben. Das Band ist inzwischen im Universitätsarchiv archiviert. Dort finden sich auch die Dokumente (Dok.), aus denen im Text zitiert wird.

2) Die drei Sätze - "Das ganze innere Programm... in der Aussprache organisiert wird" - wirken wie eingefügt in die Passage über die Schwerpunkte der Universität und die Aufzählung von Arbeitsgemeinschaften, die dazu bereits stattgefunden haben. Es gibt einen Vergleichstext aus dem letzten Drittel des Jahres 1969 - im Entwurf eigenhändig mit Maschine auf die Rückseite des Pressedienstes der IG Chemie, Papier, Keramik vom 1. 9. 1969 geschrieben: "Das Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld, von Professor Dr. Helmut Schelsky, geschäftsführender Direktor des ZiF" - mit zum Teil identischen Formulierungen. Die dem oben zitierten Text vergleichbare Passage lautet: "Andere Themen hängen mit den gemeinsamen Forschungsschwerpunkten der Gesamtuniversität zusammen: Wenn alle Fakultäten sich an der Erforschung der Wissenschaftstheorie, der Wissenschaftsplanung, Wissenschaftsdidaktik und Wissenschaftsgeschichte beteiligen sollen, so ist diese Aufgabenstellung ein zentraler Gegenstand der Grundlagenforschung der Universität Bielefeld. Das gleiche gilt für die Lateinamerikaforschung oder die Probleme der Mathematisierung aller Fachgebiete, die zum interdisziplinären Schwerpunkt der Universität Bielefeld gewählt sind, und die ohne theoretische Grundlagenforschung, die im ZiF stattfinden wird, kaum zum Zuge käme." Diese Sätze hätten niemanden provozieren können.

3) Vgl. Franz Xaver Kaufmann, Die Universität Bielefeld - ihr Konzept und dessen Schicksal, in: Die humane Universität Bielefeld 1969 - 1991, Festschrift für Karl Peter Grottemeyer, Bielefeld 1991, S. 38, wo er im Blick auf die auch in der Fernsehsendung im Vordergrund stehende Studienreform sagt: "Soweit dies von einem Außenstehenden beurteilt werden kann, hat sich von den hochfliegenden Reformkonzepten nur wenig gehalten." Im Blick auf die "Forschungsuniversität Bielefeld" und "Infrastruktur, Verwaltung und Selbstverwaltung" kommt Kaufmann zu einem insgesamt positiven Urteil. Vgl. S. 43. Der vorliegende Artikel wurde für das 25jährige Jubiläum des ZiF im Jahr 1993 verfasst, vorwiegend technische Gründe verhinderten damals sein Erscheinen. Aber die Feststellung im Text bleibt auch nach weiteren 15, insgesamt also 40 Jahren gültig.

4) Zu Einzelheiten vgl. Klaus Dieter Bock, Helmut Schelsky: Hochschulreformer "auf eigene Faust", Zur Vorgeschichte der Bielefelder Universitätsgründung, in: Horst Baier Hrsg., Helmut Schelsky - ein Soziologe in der Bundesrepublik, Eine Gedächtnisschrift von Freunden, Kollegen und Schülern, Stuttgart (Enke) 1986, S. 167 - 181. Zu der Bezeichnung der Papiere als "Dok. I", "Dok. II" etc. vgl. dort Anm. 4.

5) In "Grundzüge einer neuen Universität", Dok. X vom 17. 8. 1965, in: Mikat, Schelsky, Grundzüge einer neuen Universität, Gütersloh 1966, hat das ZiF dann seinen endgültigen Namen gefunden: "Zentrum für interdisziplinäre Forschung" (S. 42)

6) Ich habe von der Stiftung im Oktober 1985 folgende Unterlagen erhalten:

- eine eigens angefertigte Übersicht "Pläne zur Gründung eines Instituts für kultur- und sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung 1963 - 1965 (2 Seiten, Oktober 1985)
- Entwurf eines Seminars für höhere historische und philologische Studien" von W. Killy, (3 Seiten, Juli 1963), mit Stellungnahmen von Clemen, Plessner, Hölscher und Alewyn, insgesamt 15 Seiten)
- zwei Stellungnahmen zur "Denkschrift zur Gründung der Gesellschaft für kultur- und sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung" (in der 3. Fassung vom Juli 1964, v. Ferber und anonym, 11 Seiten)
- Schreiben von H. Schelsky vom 2. 6. 1965 an die Stiftung Volkswagenwerk
- Schreiben von O. Häfner (Stiftung Volkswagenwerk) an H. Schelsky vom 3. Juli 1981.

Ich danke der Stiftung und insbesondere Herrn Häfner für ihre Unterstützung.

7) Teilnehmer waren: Plessner, Alewyn, Killy, Wittram, Friedrich, Elze, Hölscher, Clemen, v. Ferber, Kultusminister Voigt, Staatssekretär Müller (beide zeitweise), Dr. Krönig, Dr. Schmandt. Schmandt war wesentlich an der Redaktion der späteren Antragsfassungen beteiligt.

8) Ein weiteres Treffen fand am 4./5. Januar 1964 in Freiburg statt.

9) "Bemerkungen zur Denkschrift 'Kolleg für geisteswissenschaftliche Studien'", sieben Seiten maschinenschriftlicher Text, "Vorschlag für einen Arbeitsausschuß zur Gründung einer rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Abteilung eines 'Instituts für theoretische Forschung'", zwei Seiten maschinenschriftlicher Text. Zum Dok IV vgl. oben im Text. Der unmittelbare Anlaß für dieses Papier ist nicht ersichtlich, so daß sich nicht sagen läßt, ob dieses Papier als Alternative zu den Vorstellungen der Bad Harzburger Gruppe von vornherein entstanden ist.

10) Beide Pläne gehen davon aus, daß die Mitglieder nur zum Teil auf Lebenszeit berufen werden dürften, aber die Denkschrift "Kolleg.." spricht von "Einzelfällen", Schelsky von einem "Stamm" (je Abteilung 10 bis 12 Mitglieder).

11) "Hier liegen m.E. die wünschenswerten und attraktiven Aufgabenstellungen eines solchen Institutes im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften etwas anders gelagert als bei der geisteswissenschaftlichen Gruppe: 1. Gemeinsame Forschungsprojekte theoretischer Natur sind hier zweifellos sachlich erwünscht, ja der eigentliche Anziehungspunkt für ein Zusammenleben und -arbeiten verschiedener Fachvertreter."

12) In der Einleitung heißt es, die Denkschrift gehe "auf Überlegungen von Gelehrten über Lage und Notlage der Forschung in den Kultur- und Sozialwissenschaften zurück. In beiden Fachbereichen begannen die Gespräche

zunächst unabhängig voneinander." Doch nach Mitteilung der Stiftung fand erst am 13. Juni 64 eine Besprechung der von Schelsky initiierten Gruppe über den Entwurf vom Mai 64 in Münster statt. Die Formulierung in der Einleitung widerspricht deshalb meiner Vermutung, daß es sich zunächst jedenfalls um eine Einzelinitiative Schelskys handelt, nicht unbedingt.

13) In seinem Buch: Rückblicke eines "Anti-Soziologen", Opladen 1981 macht Schelsky auf S. 140/41 Plessner für das Scheitern der damaligen Pläne verantwortlich. Mit Sicherheit sind die dort genannten Sitzungsdaten falsch, im Übrigen gehörte Plessner selbst zu den Antragstellern. Dazu schreibt Häfner in einem Brief an Schelsky vom 3. 7. 1981 (gegenüber einer ersten Fassung dieses Artikels auf Wunsch Häfners ohne Auslassung zitiert): "Nach Durchsicht aller mir zu diesem Projekt verfügbaren (umfangreichen) Unterlagen und ergänzenden Gesprächen mit damals bei der Stiftung verantwortlichen Herren kann ich Ihnen guten Gewissens versichern, dass von einem entscheidenden oder gar ausschlaggebenden Einfluss Professor Plessners auf den de facto negativen Ausgang der Sache keine Rede sein kann. Dies festzustellen, sind wir wohl auch Professor Plessner schuldig. Natürlich mögen – wie oft bei solchen gleichermaßen schwierigen wie ehrgeizigen Projekten – wie immer begründete persönliche Animositäten auch eine Rolle gespielt haben, und die Position Professor Plessners in den Sozialwissenschaften und ihrer Förderung Mitte der 60er Jahre kann sicher nicht unterschätzt werden. Widerstände gegen das Vorhaben kamen jedoch nicht zuletzt aus dem Kuratorium der Stiftung selbst und führten, wie oft, wenn sich ein Gremium weder klar für noch gegen eine Sache entscheiden möchte, zweimal zu dem Beschluß, von den Antragstellern unabhängige, namentlich benannte Beratergruppen mit der kritischen Überprüfung der seinerzeit vorgelegten Denkschrift und der Ausarbeitung von Vorschlägen für die weitere Meinungsbildung der Stiftung in dieser Sache zu beauftragen." Er erwähnt dann das 1980 mit einer Starthilfe der Stiftung gegründete Wissenschaftskolleg zu Berlin. "Mir scheint, daß für die gelungene Berliner Gründung eine Mitte der 60er Jahre nicht gegebene positive Konstellation maßgeblich beteiligt war, d.h. daß eine Initiative aus der Wissenschaft sich mit gleichgerichteten und fördernden Intentionen aus dem politisch-administrativen Bereich traf." Ob ein inhaltlicher Zusammenhang zwischen der Berliner Gründung und dem Antrag von 1964 besteht, muß hier offen bleiben.

14) Schelsky zieht mit Schreiben vom 2. Juni 1965 namens der sozialwissenschaftlichen Gruppe den Antrag bei der Stiftung zurück. "Der zweite Grund... liegt darin, daß uns jetzt Möglichkeiten vorhanden zu sein scheinen, diesen grundlegenden Gedanken der Wissenschaftsreform im Zusammenhang mit Neugründungen von Universitäten und damit von vornherein im Zusammenhang mit staatlichen Institutionen zu errichten. Damit wären viele Probleme, die in dem oben genannten Antrag enthalten waren und erst in Zukunft einer Lösung harren... durch einen anderen Ansatz zu umgehen."

15) Vgl. dazu im Einzelnen meinen in Anm. 4) genannten Beitrag.